

## Aus und zur Arbeit der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig



### SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig

08.02.2008

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum heutigen **lokalen Aufmacher zum Rathaus-Neubau** habe ich die angehängte Presseerklärung an die BZ geschickt.

Mit freundlichen Grüßen

**Manfred Pesditschek**  
Fraktionsvorsitzender

#### Verblüffung um Rathausanbau

Mit Verblüffung hat Manfred Pesditschek, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt, auf die neu entflammte Debatte um den Rathausanbau am Bohlweg reagiert.

„Noch am Dienstag haben CDU und FDP mit ihrer Mehrheit einen Antrag vom Tisch gewischt, mit einem Sofortprogramm die Energiesanierung städtischer Gebäude voranzutreiben und so neben erheblichen Haushaltseinsparungen viel für den Klimaschutz zu erreichen. Jetzt stehen urplötzlich die mangelnde Wärmedämmung und der angeblich überhöhte Stromverbrauch dieses Verwaltungsgebäudes im Mittelpunkt, und für den sicherlich baufachlich äußerst kompetenten CDU-Oberbürgermeister Dr. Hoffmann ist es fragwürdig, ob sich die Sanierung lohnt. Der Verdacht drängt sich auf, dass es in Wirklichkeit gar nicht um Energieeinsparung geht, sondern um die optische Verschönerung des Schlossumfeldes durch Abriss des Rathausanbaus – koste es was es wolle“.

Der Politiker bezweifelte die von der Verwaltung genannten Kosten. „Zu den Abrisskosten müssen die Kosten für den Neubau oder die Anmietung der Büroräume hinzugerechnet werden, die als Ersatz für das Rathaus benötigt würden. Das ergibt mit Sicherheit einen zweistelligen Millionenbetrag und übersteigt die Sanierungskosten erheblich“, meint Pesditschek.

Viel sinnvoller sei es, mit vergleichsweise geringen Mitteln vorhandene Bausubstanz in Schulen und Kindergärten zu

sanieren. Dafür werde sich die SPD weiterhin einsetzen.

## Rathaus-Neubau abreißen oder was

### SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig

Bericht über die Ratssitzung am 05. Februar 2008

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Ratssitzung vom Dienstag, 05.02.2008 wird bestimmt nicht als Glanzpunkt in die Geschichte Braunschweigs eingehen.

Das begann schon bei der Beratung der Tagesordnung. Da die Landes-FDP in der vorigen Woche ihre Absicht mitgeteilt hatte, in die Koalitionsverhandlungen die Forderung nach einem Verkauf der Landesanteile an der Volkswagen AG einzubringen, hatten wir durch **Mathias Möreke** einen Dringlichkeitsantrag zum Erhalt oder noch besser zur Aufstockung des Anteils gestellt. Ziel war es, mit einer überzeugenden Mehrheit Eindruck auf die Verhandlungspartner von CDU und FDP zu machen – zur Sicherung der Arbeitsplätze und damit im Interesse der Beschäftigten und der Stadt.

Aber zur Anerkennung der Dringlichkeit wird die Zustimmung von zwei Dritteln der Ratsmitglieder benötigt. Und so stimmten CDU und FDP einfach gegen die Dringlichkeit und entzogen sich somit der Notwendigkeit, in der Sache Stellung zu beziehen. Das ist schon traurig genug.

Noch trauriger ist es aber, dass niemand aus beiden Fraktionen die Notwendigkeit sah, dieses Verhalten zu begründen – eine krasse Missachtung des Rates, der Zuhörerinnen und Zuhörer und der Öffentlichkeit. Ganz zu schweigen von dem Eindruck, den es in ganz Niedersachsen, besonders bei der Landesregierung in Hannover, machen muss, wenn der Rat mit einer für die Stadt wichtigen Angelegenheit so umgeht.

Ich habe übrigens den Betriebsrat von VW Braunschweig über unseren Antrag und den Umgang der Mehrheit mit ihm unterrichtet und versichert, dass sich die Braunschweiger SPD weiter für die Beibehaltung und Aufstockung des Landesanteils an VW einsetzen wird.

Das „hohe“ Niveau der Ratssitzung setzte sich ungebrochen fort.

**Unter „Mitteilungen“ wies CDU-OB Dr. Hoffmann den Versuch zurück, die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Gerhard Glogowski mit der Forderung nach Veröffentlichung des Mundstock-Untersuchungsberichtes in Frage zu stellen. Zu Recht stellte er fest, dass dieser Bericht nicht einmal einen Anfangsverdacht gegen Glogo begründet und dass diese Forderung ausschließlich der Versuch sei, einem verdienten Braunschweiger durch haltlose Unterstellungen Schaden zuzufügen.**

**Wäre es dabei geblieben, wäre es gut gewesen.**

**Aber der OB nutzte diesen Punkt auch zu heftigen persönlichen Angriffen gegen den Ratsherrn Rosenbaum, die weder der Bedeutung seines Amtes noch dem anzustrebenden Niveau einer Ratssitzung entsprechen.**

**Ich denke, dass Herr Dr. Hoffmann das mit Vorbedacht gemacht hat. Mit dieser Auseinandersetzung, die von Herrn Rosenbaum natürlich auch begeistert aufgenommen wurde, gelang es ihm hervorragend, von dem unwürdigen Verhalten der Mehrheitsfraktionen bei der Dringlichkeitsdebatte abzulenken.**

**Das Ergebnis zeigt sich in der Berichterstattung der BZ: Ein Vierspalter zu Hoffmann-Rosenbaum, kein einziges Wort zu unserem VW-Antrag.**

**Die folgende Fragestunde brachte auch nicht gerade großartige neue Erkenntnisse.**

**Einer Vielzahl von CDU- oder FDP-Anfragen war deutlich anzumerken, dass sie nur deswegen gestellt wurden, um die Behandlung von Anfragen der BIBS, Grünen oder Linken zu verhindern.**

**Eine inhaltliche Debatte hätte bei unserm Antrag zur Niwobau stattfinden können. Nachdem ich den Antrag eingebracht hatte, wurde er von den folgenden Sprechern der anderen Oppositionsfraktionen trotz Kritik an Einzelheiten durchgehend begrüßt.**

**Und dann kam der Auftritt des CDU-Fraktionsvorsitzenden Sehrt, der als Aufsichtsratsvorsitzender der Gesellschaft sicherlich einiges zur Sache hätte sagen können. Aber statt dessen beantragte er, unseren Antrag in den Finanz- und Personalausschuss zu**

**überweisen, was nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte dann gegen unseren Willen auch geschah. Wenn er allerdings glaubt, damit die Sachauseinandersetzung verhindert zu haben, irrt er: Sie wird nach der Beratung in den Ausschüssen dann eben im nächsten Rat stattfinden.**

**In diesem Stil – Anträge nicht in der Sache zu diskutieren, sondern mit Hilfe der Geschäftsordnung vom Tisch zu fegen, ging es fleißig weiter.**

**Die Spitze wurde damit erreicht, dass CDU und FDP sogar den Antrag der BIBS auf Aufstellung eines Klimaschutzplanes durch Übergang zur Tagesordnung vom Tisch wischen wollten, bei dem der Antragsteller selbst die Überweisung in die Fachausschüsse vorgeschlagen hatte. Das wenigstens wurde nach eindringlichen Vorhaltungen korrigiert, und so kann dieser Antrag zusammen mit unserm Ergänzungsantrag auf ein Sofortprogramm zur Energieeinsparung noch weiter beraten werden.**

**Abgeschlossen wurde die Ratssitzung mit der Beratung des CDU-FDP-Antrages, mit dem die Redemöglichkeiten der Ratsmitglieder drastisch eingeschränkt werden sollten. Dieser Antrag wäre auf heftigen Widerstand der übrigen Ratsfraktionen gestoßen, wie sich auch schon in dem Wortbeitrag von Frau Witte andeutete. Ich hatte dem CDU-Fraktionsvorsitzenden schon vorweg erklärt, dass ich diesen Antrag sozusagen als Kriegserklärung zumindest bezüglich des Umgangs miteinander betrachte.**

**Nun zogen CDU und FDP nach kurzer Beratungspause ihren Antrag zurück, worauf mehrere Ratsfraktionen, auch wir, sich zu einer sachlichen Beratung zu diesem Punkte im Ältestenrat bereitklärten, was man von vornherein hätte tun sollen.**

**Ich habe mich ausdrücklich für diese Sinnesänderung bedankt, weil ich weiß, wie schwer es fällt, einen eigenen Antrag so zurückzunehmen.**

**Wir werden uns allerdings bei den fälligen Beratungen für die Beibehaltung einer fairen und großzügigen Regelung aussprechen, denn wir sind und bleiben der Auffassung, dass man Debatten nicht mit Geschäftsordnungsanträgen, sondern mit Argumenten führen sollte.**

**Mit freundlichen Grüßen**

**Manfred Pesditschek**  
Fraktionsvorsitzender

## **CDU und FDP ist VW in BS egal**

### **Redezeit im Rat**

### **"Niwo wird nicht verkauft"**

**SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig**  
Zur Ratssitzung am 05. Februar 2008

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Tagesordnung der Ratssitzung am Dienstag umfasst wegen des Landtagswahlkampfes nur wenige Punkte.

Wir haben beantragt, den Punkt „Entwicklung der Nibelungen-Wohnbau-Gesellschaft“ aufzunehmen.

Diese Gesellschaft hat mit ihren ca. 9000 Wohnungen eine hohe Bedeutung für den Wohnungsmarkt in unserer Stadt. Der Rat hat mit Mehrheit beschlossen, eine Gesellschaft mit der Untersuchung auf künftige Entwicklungsmöglichkeiten zu beauftragen. Angeblich ein Kompromiss zwischen der FDP, die die Gesellschaft am liebsten verkaufen würde, und der CDU, deren Vorsitzender Sehrt Aufsichtsratsvorsitzender der Gesellschaft ist und gegen den Verkauf ist.

Wir gehen davon aus, dass das Ergebnis im Frühsommer vorliegen wird, und sind der Auffassung, dass der Rat unbeeinflusst durch dieses Ergebnis schon jetzt die Grundlinien im Umgang mit dieser Gesellschaft festlegen sollte. Deshalb haben wir zum Thema folgenden Antrag eingebracht:

*Der Rat der Stadt möge beschließen:*

*Die Nibelungen Wohnbau AG bleibt weiterhin ein städtisches Unternehmen mit dem Ziel, die Braunschweiger Bevölkerung mit Wohnraum zu versorgen. Darüber hinaus engagiert sich das Unternehmen in Zusammenarbeit mit den städtischen Ämtern*

***verstärkt in der Wohnumfeldverbesserung und bei der sozialen Betreuung der Einwohnerinnen und Einwohner.***

***Im Gegenzug verzichtet die Stadt dauerhaft darauf, dass das Unternehmen Deckungsbeiträge für den städtischen Haushalt erwirtschaftet. Erzielte Gewinne verbleiben im Unternehmen, werden dort reinvestiert bzw. zur Finanzierung der weiteren Aufgaben der Gesellschaft verwendet, und erhöhen so den Mehrwert der Gesellschaft.***

***Wohnungsverkäufe erfolgen nur noch zur Abrundung des Bestandes, nicht zur Gewinnerzielung.***

***Unter der Voraussetzung rechtlicher und betriebswirtschaftlicher Trennung von der Wohnraumbewirtschaftung kann die Gesellschaft in die Unterhaltung und Betreuung städtischer Gebäude wie Schulen und Kindergärten einbezogen werden.***

**Mit diesem Antrag sprechen wir uns dafür aus, dass die Niwobau ein städtisches Unternehmen bleibt und verstärkt soziale Aufgaben übernimmt wie Wohnumfeldverbesserung und Betreuung ihrer Mieterinnen und Mieter im sozialen Bereich.**

**Das soll es der CDU-FDP-Ratsmehrheit leichter machen, darauf zu verzichten, dass aus den Gewinnen des Unternehmens Deckungsbeiträge an den städtischen Haushalt abgeführt werden. Denn Gewinne im dazu benötigten Umfang kann die Gesellschaft nur durch den Verkauf von Wohnungen erwirtschaften, also durch ständigen Substanzverlust. Dass diese Gewinne steuerpflichtig sind und für jeden Euro, der in den städtischen Haushalt fließt, auch ein Euro an den Bundesfinanzminister abgeführt werden muss, zeigt zusätzlich, dass das keine besonders intelligente Politik ist.**

**Statt dessen sollen Wohnungen prinzipiell nicht mehr verkauft werden und erzielte Gewinne im Unternehmen verbleiben, um es langfristig zu stärken.**

**Gleichzeitig wollen wir mit dem Antrag zeigen, dass wir dafür offen sind, der Gesellschaft Aufgaben im Bereich der städtischen Gebäudewirtschaft zu übertragen, die bisher bei der Bauverwaltung lagen – allerdings unter der Voraussetzung, dass die Kernaufgabe der Gesellschaft, nämlich die Bewirtschaftung ihrer Wohnungen, damit nicht verquickt werden darf.**

**Belastet wird die Ratssitzung durch einen Antrag der CDU/FDP-Gruppe, erneut die Geschäftsordnung des Rates zu verändern, und zwar zur Begrenzung der Redezeit der Fraktionen.**

**Danach soll sich jeder Redner zu jedem Beratungsgegenstand nur noch 10 Minuten lang äußern dürfen. Hat also ein Ratsmitglied 8 Minuten lang zu einer Sache geredet, kann er in einem weiteren Beitrag nur noch zwei Minuten reden. Ausnahmen soll es nur bei Haushaltsberatungen geben und bei für die Stadt wichtigen Punkten, was im Zweifelsfall wieder die Mehrheit feststellt.**

**Provoziert hat diese Maßnahme der Ratsherr Udo Sommerfeld mit seinem überlangen Redebeitrag zum städtischen Haushalt. Das kann aber keine Rechtfertigung dafür sein, wieder einmal die Geschäftsordnung des Rates in arroganter Gutsherrenart ohne Rücksprache mit den anderen Fraktionen ändern zu wollen, und belastet das Arbeitsklima im Rat.**

**Für ein weiteres Ärgernis sorgte OB Dr. Hoffmann mit einer Pressemitteilung zur Entwicklung der Einwohnerzahlen in Braunschweig. Während sie in den 90er Jahren ständig abnahmen, sind sie seit 2002 etwa gleichbleibend. CDU-OB Hoffmann erklärt das mit dem Wandel Braunschweigs von einer „alternden Stadt“ in eine „dynamische Stadt mit positivem Image“ seit Beginn des Jahrtausends, also seit seinem Amtsantritt.**

**Diese Argumentation ist ja nicht unbekannt. Vor Hoffmann gab es in Braunschweig nur das rotgrüne Chaos, keine CDU und keine FDP im Rat, und nur Verwaltungsfehleistungen. Ärgerlich genug, dass immer wieder Leute auf diese Sprüche hereinfallen. Dabei zeigen gerade die von Hoffmann angeführten Beispiele den Unsinn dieser Behauptungen, nämlich bei der Ausweisung von Bauland und bei der Einrichtung von Kitaplätzen.**

**Die Krönung ist die Behauptung in der Pressemitteilung, der Rückgang der Einwohnerzahlen zwischen 1992 und 2000 sei vor allem auf die nicht dem Bedarf entsprechende Ausweisung von attraktivem und preiswertem Bauland zurückzuführen, und das sei eine bewusste Politik der damaligen Mehrheit gewesen und habe sich bekanntlich durch eine neue Politik vollkommen geändert. Das ist unwahr, und der OB weiß das. Auch die örtliche Presse weiß das offensichtlich, denn weder die BZ noch die NB hat diese Behauptung aufgenommen.**

**In Wahrheit gilt nämlich: Die Bauplätze, die die Stadt bzw. die städtische Wohnungsbaugesellschaft in den letzten Jahren auf den Markt gebracht hat und mit denen der OB in seiner Pressemitteilung argumentiert, stammen nahezu ausschließlich aus Wohngebieten, die noch mit rotgrüner Mehrheit beschlossen und umgesetzt wurden – zum Beispiel den großen Wohngebieten Volkmarode**

**Nord oder Kanzlerfeld und einer Reihe kleinerer Baugebiete. Gegen die weit über 1000 Bauplätze im Kanzlerfeld nehmen sich die von Hoffmann erwähnten 85 Bauplätze im geplanten Baugebiet Buchenberg äußerst bescheiden aus – übrigens ein Baugebiet, das vom Bezirksrat mit den Stimmen aller Fraktionen, auch der CDU und FDP, abgelehnt wurde.**

**Ähnlich ist es mit den Kitaplätzen. Unter Rot-Grün wurde im Rat beschlossen, für alle Kinder einen Kitaplatz bereitzuhalten, noch bevor das Bundesgesetz wurde. Und deshalb entstand in den 90er Jahren eine Reihe neuer Kindertagesstätten in Braunschweig, so dass noch vor Hoffmanns Amtsantritt für jedes Kind tatsächlich ein Kitaplatz bereitstand. Deshalb ist es jetzt möglich, Kitaplätze in Krippenplätze umzuwandeln.**

**Liebe Genossinnen und Genossen, eigentlich gibt es in der Politik Wichtigeres als die Auseinandersetzungen von gestern und vorgestern immer wieder aufzuwärmen. Es gibt genug neue Themen und neue Probleme. Ich beabsichtige aber schon, an dieser Presseerklärung beispielhaft klarzumachen, wie Herr Dr. Hoffmann in seinen Darstellungen Dichtung und Wahrheit vermischt, und werde deshalb darauf zurückkommen.**

**Mit freundlichen Grüßen**

**Euer**

**Manfred Pesditschek**  
**Fraktionsvorsitzender**

**SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig**  
**27.12.2007**

**BERICHT ÜBER DIE 7. RATSSITZUNG DER XVII. WAHLPERIODE**

**Liebe Genossinnen und Genossen,**

**mit der 7. Ratssitzung der XVII. Wahlperiode ging die politische Arbeit im Rat der Stadt für dieses Jahr zu Ende. Gleich in einem der ersten Tagesordnungspunkte stimmte der Rat über den Vorschlag der Verwaltung ab, **Gerhard Glogowski** zum Ehrenbürger zu ernennen. In einer sehr abgewogenen Rede begründete OB Dr. Hoffmann diesen Vorschlag mit den großen Verdiensten, die sich „Glogo“ um die Stadt Braunschweig erworben hat. Der Rat fasste den Beschluss schließlich mit großer Mehrheit der Fraktionen der**

**CDU, der SPD und der FDP - bei Enthaltung der Grünen und je eines Mitglieds von FDP (Lehmann) und BIBS gegen die Stimmen der Linken, drei der vier BIBS-Vertreter und der CDU-Ratsmitglieder Bosse, Hogrefe, Kaphammel und Ochmann.**

**Leider entsprach der Stil der Debatte nicht immer dem Anlass. Insbesondere der BIBS-Ratsherr [Peter Rosenbaum](#) versuchte mehrfach, Gerhard Glogowski in Zusammenhang mit dem Kauf der Firma Mundstock im Misskredit zu bringen. Es blieb dem OB überlassen, anhand der Aktenlage zu beweisen, dass Herr Rosenbaum hier wider besseres Wissen redete. Nachdem Rosenbaum damals Anzeige erstattete, nahm die Staatsanwaltschaft Ermittlungen auf und stellte sie dann ein, weil es nicht einmal einen Anfangsverdacht gegen GG als damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der Braunschweiger Verkehrs-AG gab. Und entgegen der Darstellung Rosenbaums gab es auch nie eine Anzeige des OB gegen GG.**

**Einen großen Teil der Ratssitzung nahm der Haushalt 2008 in Anspruch. Wir hatten, wie mehrfach berichtet, vor allem zu folgenden vier Themenkomplexen Anträge eingebracht:**

**Braunschweig-Pass**

**Verbraucherberatung**

**Schulessen und Schulmaterial für bedürftige Kinder**

**Schulsanierung**

**Bereits im Vorfeld der Beratungen wurde klar, dass OB Dr. Hoffmann und seine CDU-FDP-Gruppe keinen Wert auf unsere Zustimmung zum Haushalt legten. Deswegen wurden alle unsere Anträge konsequent abgelehnt, auch dann, wenn ihre Annahme die Stadt nichts gekostet hätte. Oder es wurde eine sachlich unsinnige Lösung wie beim Braunschweig-Pass gewählt – nur um nicht einem SPD-Antrag zustimmen zu müssen.**

**Geradezu peinlich war die Argumentation der CDU bei der Weigerung, im Oberzentrum Braunschweig wieder eine Verbraucherberatungsstelle zu errichten. Die wurde im Jahre 2002 nach Streichung des städtischen Zuschusses geschlossen. Damals forderte die Mitarbeiter dieser Stelle – leider vergebens – die Braunschweigerinnen und Braunschweiger auf, gegen die Streichung des Zuschusses zu protestieren. Das ist für die CDU-FDP-Gruppe auch heute noch ein hinreichendes Argument, die Bürger unserer Stadt damit zu bestrafen, sich gegen die Neueinrichtung einer Verbraucherberatung auszusprechen ...**

**Genauso wand sich die Ratsmehrheit bei unserem Antrag, im nächsten Jahr zusätzlich 7 Millionen Euro in die Sanierung der Städtischen Gebäude zu stecken, also vor allem der Schulen und Kindergärten. Wir schlugen vor, die Mehreinnahmen des Jahres 2007 teilweise dafür heranzuziehen, statt dieses Geld in die Rücklagen zu stecken, wie im Haushalt vorgesehen. Das lehnten CDU und FDP mit dem Hinweis ab, erst die Ergebnisse einer Untersuchung abzuwarten. Und wahrscheinlich aufgrund ihres schlechten Gewissens stellten die Redner von CDU und FDP dabei Behauptungen auf, die mit der Wahrheit nichts zu tun haben. Frau Lehmann (FDP) erklärte, es sei sinnvoller, mit den Mehreinnahmen Schulden zurückzuzahlen, statt sie in die Gebäudesanierung zu stecken. Dass es ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft für Hauseigentümer ist, lieber Darlehen aufzunehmen, um Häuser zu sanieren und so erhebliche Einsparungen bei den Energiekosten zu erzielen, weiß Frau Lehmann vielleicht nicht, sollte sie aber wissen. Dass mit den Mehreinnahmen aber kein einziger Euro zusätzlich in den Schuldenabbau gesteckt wird, müsste sie als Mitglied des Finanzausschusses aber wissen und sollte daher solchen Unfug nicht behaupten.**

**Den Vogel schoss aber Carsten Müller ab. Er behauptete schlicht und einfach, in den Jahren sozialdemokratischer Ratsmehrheit habe es keine Schulsanierungsprogramme gegeben. Das ist nun vollkommen unwahr. Das erste Schulsanierungsprogramm wurde im Jahr 1976 mit den „Grauhofer Beschlüssen“ der damaligen SPD-Ratsfraktion aufgelegt. Seitdem gab es ständig solche Programme, wenn sie auch nach 1993 aufgrund der schwierigen Haushaltslage im Umfang reduziert werden mussten. Herr Müller weiß das. Wie nennt man eigentlich Leute, die die Wahrheit kennen, aber die Unwahrheit behaupten?**

**Ich habe dem Rat jedenfalls eines versprochen: Braunschweig-Pass, Verbraucherberatung, Schulesen und Schulmaterial für Bedürftige sowie Aufstockung der Gebäudesanierung bleiben kommunalpolitische Forderungen unserer Fraktion. Und ich bin sicher, dass wir sie durchsetzen werden – wenn nicht heute, dann morgen oder übermorgen. Heute stimmten wir jedenfalls geschlossen gegen diesen Haushalt, der dann auch nur mit der Ein-Stimmen-Mehrheit von CDU und FDP angenommen wurde.**

**Einer der letzten Tagesordnungspunkte der Ratssitzung war unser Antrag auf Errichtung einer vierten Gesamtschule in Braunschweig. Erfreulich war, dass inzwischen sogar CDU und FDP sich nicht mehr trauen, die Errichtung weiterer Gesamtschulen überhaupt in Frage zu stellen. Sie lehnten unseren Antrag trotzdem ab, weil erst das Schulgesetz geändert werden müsse. Auch hier tat sich Frau Lehmann unrühmlich hervor. Mit dieser Begründung lässt sich nämlich der vom Schulausschuss mit Mehrheit gefasste Beschluss**

**nicht abtun, eine vierte Gesamtschule zunächst als Außenstelle einer bestehenden Gesamtschule einzurichten. Kultusminister Busemann hat schließlich diesen Weg selbst als mit dem Schulgesetz vereinbar erklärt. Ein starkes Stück ist allerdings ihre Behauptung, die FDP wolle im Landtag das Errichtungsverbot für Gesamtschulen streichen. Das hat der Landtag in seiner Dezembersitzung nämlich mit den Stimmen von CDU und FDP gerade abgelehnt ...**

**Liebe Genossinnen und Genossen, dieser Bericht über die Ratssitzung ist deutlich länger ausgefallen als beabsichtigt. Sei es drum.**

**Heute wünsche ich Euch und uns allen ein geruhames und besinnliches Weihnachtsfest, ob mit oder ohne Schnee, und einen guten Übergang in ein glückliches und gesundes neues Jahr 2008. Und ich hätte schon eine Idee, was ich im neuen Jahr gern sehen würde – na ja, warten wir halt bis zum 27. Januar.**

**Mit freundlichen Grüßen**

**Euer**

**Manfred Pesditschek**  
**Fraktionsvorsitzender**

**ULRICH WEGENER** 27.12.2007 12:46 Lieber Manfred, vielen Dank. Solche Berichte über die Rats-, wo immer möglich auch aus den und über die Ausschusssitzungen sollten selbstverständlich und so breit wie möglich veröffentlicht werden. Gilt im übrigen für alle Mandatsträger. Dabei darf es nicht vorrangig um Kürze sondern muss es um Vollständigkeit gehen. Das ersparte im Unterbezirksausschuss die wenig effizienten mündlichen Berichte, könnte damit die Sitzungen überfällig attraktiver machen. Dein Einverständnis voraussetzend stelle ich Deinen Bericht in unsere Website, ... Mit freundschaftlichem Gruß Dein **Ulrich Wegener**  
PS: Rate dringend, Deinen Bericht in die Website der Fraktion zu stellen, von der UB Website auffällig dort hin zu verlinken. Oder habe ich da was übersehen?

## **Nulltarif für Busse und Bahnen**

## **Seite immer in Arbeit! Bald gibt es hier noch mehr Informationen!**

# Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Dibbesdorf, Schapen und Volkmarode bei Braunschweig

**Ulrich WEGENER** Vorsitzender

**Treffen nach Vereinbarung über Ort und Zeit**

**Berliner Heerstraße 36 a**

**38104 Braunschweig-Volkmarode**

**Telefon 05 31 / 2 36 13 40**

**Werktags 6.30 - 7.30 Uhr sicher persönlich erreichbar,**

**sonst immer mindestens Mailbox und schnellstmöglich Rückruf**

**Telefax 01 80 / 50 60 33 45 62 39**

**[Info@Ulrich-Wegener.de](mailto:Info@Ulrich-Wegener.de)**

Fragen, Kritik und Meinungen sehr willkommen, einfach über **Mail**

erstellt am 27.12.2007

aktualisiert am 08.02.2008

